

Keine Mehrheiten - Neue Wahlen



Seit über einem Monat chronisch unterbesetzt: Der AStA der Universität Duisburg-Essen. (Symbolbild: dpe)

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Duisburg-Essen ist seit August unterbesetzt. Nur elf Referent*innen bewältigen nach Rücktritten, Abwahlanträgen und der Auflösung der alten AStA-Koalition die Aufgaben der Studierendenvertretung. Konsequenzen hatten die politischen Differenzen vor allem für die fachschaftsnahe Liste Antihelden, die aus dem Personal-AStA zerstritten hervorgeht.

Zunächst schien es so als gebe es eine Wechselstimmung im Studierendenparlament (StuPa). Nach der antisemitischen Nahost-Veranstaltung im August räumten fast alle Listen und Referent*innen mehr oder weniger freiwillig ihren Platz im AStA. Nur Mobilitäts- und Ökoreferent Mehmet Oruc Birinci (IL), die Sozialreferenten Adela Bronja (IL) und William Miro (RCDS), sowie der listenlose Christian Patz als Referent für Hochschulpolitik blieben im Amt.

Zwischen Rücktritt und Putsch

Die Linke Liste (LiLi) hatte versucht, auch die noch verbliebenen Referent*innen abwählen zu lassen, konnten aber nicht die notwendigen Stimmen der Antihelden sichern. Für die LiLi ist das ein Schlamassel: „Man kann die aktuelle Situation im AStA als das beschreiben, was es für uns zu verhindern galt: einen Personal-AStA.“ Optimistischer erscheint da die Grüne Hochschulgruppe (GHG): „Die geringe Referent*innenzahl ist nicht wünschenswert. Allerdings nehmen wir einen größeren Tatendrang wahr und weniger interne Differenzen als zuvor.“ Man sei zuversichtlich, dass der AStA konzentriert Aufgaben bewältigen könne, „vor allem, dass in der landes- und bundesweiten Arbeit zum Thema Studiengebühren bereits jetzt mehr passiert ist“, so die GHG.

Aus der Opposition gibt es dagegen scharfe Töne, obwohl sie selbst auch mit ihren Rücktritten zur aktuellen Lage im AStA beigetragen haben. Die UD sagen: „Die aktuelle Situation könnte

schlimmer nicht sein, da die Studierenden die Leidtragenden bei dieser Farce eines AStAs sind.“ Der alte AStA sei „aus machtpolitischen Gründen“ gestürzt worden. Ähnlich sieht das die LHG: „Dass es momentan zu wenige AStA-Referenten gibt, ist die logische Folge der Abwahlanträge, welche die Linke Liste gegen alle Referenten, unabhängig ihrer Arbeitsweise, stellte.“ Die LiLi habe auch die Gründe genannt, erklärt die LHG: „Die Referenten sind nicht links genug.“ Auch der konservative RCDS ist sich keiner Schuld bewusst: „Wir sehen die Verantwortung, eine neue Mehrheit zu finden, bei den Listen, die die alte Koalition abgewählt haben.“ Aus ihren Reihen wurde allerdings nur Öko- und Mobilitätsreferentin Kim Allendorfer (RCDS) vom StuPa abgewählt.

Eine ungewisse Zukunft

Die zuvor schleppend voran gegangene AStA-Arbeit führen die UD darauf zurück, dass sie „Neulinge in der AStA-Arbeit“ waren. Gerne hätte man sich „weiter und intensiver mit wichtigen Belangen der Studierendenschaft auseinandergesetzt“, wegen Machtspielen „innerhalb und außerhalb der Koalition“ sei aber „keine konstruktive AStA-Arbeit mehr möglich“ gewesen. Die LHG kritisiert bereits den neuen AStA-Vorsitz: „Während der Protest gegen Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger auch durch landesweite Aktionsbündnisse Gehör findet, werden Belange, welche nur Studierende an unserer Universität betreffen, durch den neuen AStA-Vorsitz nur zweitrangig behandelt“, erklären die Liberalen mit Blick auf Ersti-Wochen und dem noch offenen Streit um das Semester-Ticket.

Auf der vergangenen AStA-Sitzung hatte Öffentlichkeits- und Pressereferentin Sara Tekaat (Antihelden) angekündigt, „projektbezogen“ zu arbeiten (aktuell berichtete). Die LiLi erklärt zudem, dass es „bei der Übernahme des Vorsitzes einige Schwierigkeiten“ mit der ehemaligen AStA-Vorsitzenden Bendahou gegeben habe, die zu Übergabeterminen nicht erschienen sei. Außerdem sei die Abrechnung des Campusfestes noch nicht ab-

Streit statt Einigung



Soll das Outlet-Center in Duisburg gebaut werden? Was die Oberbürgermeister-Kandidaten sagen, lest ihr auf **Seite 6**.

Spontanität statt Drehbuch



Wie Polnische und Deutsche Studierende trotz Sprachbarrieren im Theater improvisieren, lest ihr auf **Seite 7**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

geschlossen. Das sieht die Juso Hochschulgruppe anders. Sie sagt, dass sie im Finanzreferat „alle Altlasten abwickeln konnten.“ Die GHG erklärte, dass vor allem Projekte liegen geblieben seien, „die eine politische Positionierung erfordert hätten, die beim vorherigen AStA einfach nicht gegeben war.“ Weder die Ticketsituation sei geklärt, noch habe der alte AStA sich besonders in die Studiengebühren-Proteste eingebracht. „Auch der Vertrag zu einer Theaterflatrate wurde vom alten AStA noch nicht unterschriftsreif ausverhandelt“, kritisiert die GHG weiter.

Dass es in dieser Wahlperiode noch qualifizierte Mehrheiten geben wird, ist unwahrscheinlich – darin sind sich alle Listen einig. Die Antihelden sind offenbar an den politischen und persönlichen Differenzen auseinander gebrochen. Katharina Herbrich und Magdalena Wagner haben die fachschaftsnahe Liste verlassen und sitzen jetzt listenlos im StuPa. Weder die Antihelden noch Herbrich konnten und wollten gegenüber der aktuell eine Erklärung abgeben, auch Wagner war nicht zu erreichen. Dass das StuPa auf der kommenden Sitzung am Donnerstag, 21. September, einen Wahltermin festlegt um neue Mehrheiten zu schaffen, scheint wahrscheinlich zu sein. Was aus den Antihelden wird, ist hingegen ungewiss. [dpe]

Eine rechte Zeitreise

Kommentar

Animal-Pay-Gap: 100 Prozent

von Sarah Dannehl

Ein kurioser Rechtsstreit geht zu Ende. Die Tierschutzorganisation PETA und der britische Fotograf David J. Slater einigten sich außergerichtlich über das Affen-Selfie. Die Geschichte: Slater reiste 2011 durch Indonesien, als sich der Makake Naruto auf der Insel Sulawesi seine Kamera schnappte und schnell noch ein cooles Selfie schoss. Das Bild ging um die Welt, Slater ging leer aus. PETA forderte das Urheberrecht für Naruto. Zu Recht? In Zukunft gehen 25 Prozent der Einnahmen aus dem Selfie an wohltätige Einrichtungen, die sich für den Artenschutz der Makaken einsetzen – die übrigen 75 Prozent bekommt der Fotograf.

Zu lange schon liegt der Animal-Pay-Gap bei 100 Prozent. Einzig Jan Böhmermann kämpfte zuvor für die Rechte der Affen und trug fünf Schimpansen aus dem Gelsenkirchener Zoo für den Song „Menschen, Leben, Tanzen, Welt“ bei der GEMA ein. Naruto und viele andere Tiere bleiben jedoch trotz künstlerischem Einsatz unbezahlt. Dabei sollte klar sein, dass Naruto aus Hunger und Leid handelte – sich einen Jahresvorrat Bananen verdienen wollte. Stattdessen muss er den geringen Verdienst nun mit seinen Artgenoss*innen teilen und sich von Menschen vorschreiben lassen, wie die Auszahlung auszusehen hat.

Die ohnehin wenigen Tiere, die sich in der Fotografie-Branche betätigen, werden weiter benachteiligt. Für einen Affen scheint kein Platz in einer humanen Gesellschaft, zumindest nicht mit denselben Rechtsansprüchen wie von denen von Menschen. Wäre eine Tier-Quote die Lösung?

Warum meint PETA überhaupt zu wissen, dass das Urheberrecht im Interesse Narutos liegt und eine Anklage in seinem Namen stellen zu müssen? Woher weiß PETA, was der Affe sagen wollte? Laut der Organisation handelte Naruto mit Absicht. Aber dafür müsste er wissen, was eine Kamera ist und wie sie funktioniert. Vielleicht wollte der Makake auch einfach nur Slater imitieren – war neugierig was das Wesen ihm gegenüber die ganze Zeit macht. Ist das schon cultural appropriation, also die Aneignung einer fremden Kultur?

Aber seien wir mal ehrlich: Wenn PETA wirklich im Interesse des Affen gehandelt hätte, hätten sie ihm einen Instagram-Account eingerichtet, damit er seinem Drang zur Selbstdarstellung auf einer passenden Bühne nachgehen und sich seinen Traum vom Influencer-Leben erfüllen könnte.

Noch immer mobilisiert die Alternative für Deutschland (AfD) viele Menschen. So viele, dass sie gute Chancen hat, am 24. September als drittstärkste Partei in den Bundestag gewählt zu werden – trotz oder gerade wegen offener NS-Sympathiebekundung und einer Annäherung an die Reichsbürger-Ideologie durch die Spitzenkandidat*innen Alexander Gauland und Alice Weidel. Wir haben ins Wahlprogramm der Rechtspopulist*innen reingelesen und fassen zusammen, was sie in puncto Bildungspolitik vorhaben und wen sie diskriminieren wollen.

In der Bildungspolitik will die AfD den Rückwärtsgang einlegen. So soll die Bologna-Reform rückgängig gemacht werden, die unter anderem das Bachelor-Master-System festlegte. Studierende sollen wieder ein Diplom oder einen Magister machen. Die AfD sieht im jetzigen System eine „Verschulung des Studiums“ sowie Überregulierung und Bürokratie. Die Rechtspopulist*innen monieren, dass Studienplatzwechsel nicht mehr so einfach seien. Tatsächlich wechseln Bachelor-Studierende heute seltener als es zu Diplom- und Magister-Zeiten üblich war, befindet auch das Hochschul- und Informations-System auf der Grundlage von Umfragen. Zudem gebe es zu viele Studiengänge, die nach Aussage der AfD nicht etwa durch den Wunsch nach Spezifizierung oder studentischen Interessen etabliert wurden, sondern „durch den Zwang der Profilierung“. So sollen die Gender Studies beispielsweise gestrichen werden. Außerdem möchte die AfD Universitäten besser finanzieren, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu minimieren. Wie die Partei zu Studiengebühren steht, erfährt man im Wahlprogramm allerdings nicht.

Gegen Inklusion

In der schulischen Bildung will die AfD ebenfalls Bemühungen der vergangenen Jahre rückgängig machen. So dürfe die Schule „kein Ort der politischen Indoktrination“ sein. Inwiefern sie die These belegt, erfährt man indes nicht. Der Beutelsbacher Konsens schreibt Lehrkräften der Sozialwissenschaften vor, den Unterricht kontrovers zu gestalten.

Statt bisherige Anstrengungen bezüglich Inklusion weiter auszubauen, möchte die Partei auf den Erhalt von Sonder- und Förderschulen setzen. Die AfD argumentiert damit, dass die Forderungen der Vereinten Nationen bereits erfüllt seien. In der UN-Behindertenrechtskonvention heißt es aber in Artikel 24, dass Schüler*innen mit Behinderung die Möglichkeit haben müssen, an allgemeinbildendem Schulunterricht teilzunehmen und individuelle Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden müssen. Eine darauf ausgerichtete Lehrer*innenbildung oder mehr Investitionen in die Inklusion von Lernenden mit Behinderung sind für die AfD keine Option. Denn sie will „keine ideologisch motivierte Inklusion“ an Schulen und Kindern somit ihr Menschenrecht auf Gleichberechtigung verwehren.

Teilhabe sieht die AfD auch für Geflüchtete



Die AfD setzt auf Stimmungsmache. (Foto: fro)

nicht vor. Sie sollten nicht am Regelunterricht in Schulen teilnehmen, denn: Die „Massenmigration“ werde auf dem Rücken „einheimischer“ Kinder ausgetragen. Ein Großteil der geflüchteten Schüler*innen wird bereits jetzt solange in sogenannten Integrationsklassen unterrichtet, bis die Lehrkräfte ihnen bescheinigen, schrittweise am Regelunterricht teilnehmen zu können. In Augen der AfD hat der Unterricht von Geflüchteten ohnehin nur ein Ziel: Die Kinder „auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten“.

Für noch mehr Abschottung

Daher passt es auch in ihr Konzept, die Genfer Flüchtlingskonvention überarbeiten zu wollen. Wie genau, bleibt offen – doch sie enorme Einschnitte in die Rechte von Geflüchteten vornehmen. Des Weiteren will die AfD, dass sich gesamteuropäische Aufgaben weitestgehend auf die Abschottung der EU-Außengrenzen beschränken. Einen Asylantrag sollen Geflüchtete nur noch dort stellen können und zudem in „heimat- und kultur-nahen Regionen“ untergebracht werden. Außerdem solle die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex ihre „Schlepper-Hilfsdienste“ einstellen und aufhören, „die Passagiere nach Europa zu befördern“. Die AfD spricht Geflüchteten damit nicht nur verharmlosend ihren Fluchtstatus ab, sondern negiert das Kerngeschäft von Frontex. Das liegt nämlich in der Abschottung Europas. Kritikwürdig sind die Forderungen obendrein vor dem Hintergrund, dass Frontex Push-Back-Aktionen – also das Zurückdrängen von Geflüchteten – auf dem offenem Meer durchführt. Für hier bereits lebende Geflüchtete will die AfD keinen Familiennachzug gestatten und verweist auf die Mär von der Einwanderung in die Sozialsysteme. Besonders behauptet sie das bei minderjährigen Geflüchteten, die sie als „Ankerkinder“ bezeichnet.

Von Migrant*innen fordert sie insgesamt eine vollkommene gesellschaftliche und kulturelle Anpassung. Auch will sie das Geburtsortsprinzip streichen und – wie es bis 2000 der Fall war – durch das Abstammungsprinzip ersetzen. Daraus würde folgen, dass jemand nur Deutsche*r sein kann, wenn mindestens ein Elternteil selbst die deutsche Staatsangehörigkeit hat, völkisch also. **[fro]**

Comeback mit Christian Lindner



Liberales Posing: Nach vier Jahren will Lindner ernst und nachdenklich zurück in den Bundestag. (Foto: dav)

2013: Die FDP fliegt mit einem historischen schlechten Wahlergebnis aus dem Bundestag. Dieses Jahr stehen die Karten für den Wiedereinzug nicht schlecht. Sogar im Rennen um die Position als drittstärkste Kraft mischt die Partei mit. Wir haben das Wahlprogramm der Liberalen hinsichtlich der Themen Bildung und Diskriminierung einmal genauer unter die Lupe genommen.

„Weltbeste Bildung für jeden“, fordert das Wahlprogramm der FDP. Um das zu erreichen, sollen die Ausgaben für Bildung erhöht werden, sodass Deutschland zu den „führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt“. Woher das Geld kommen soll? Für die FDP keine alleinige Aufgabe von Ländern und Kommunen. Stattdessen spricht man von einer nicht weiter definierten „gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“. Dabei wird die Bildungspolitik jetzt schon überwiegend von der Steuerzahlenden finanziert.

Eine klare Stellung gegen Drittmittel gibt es nicht im Wahlprogramm. Im Gegenteil: In dem Abschnitt „Gründerkultur für die Hochschulen“ wird sogar für mehr Engagement der Wirtschaft an den Universitäten geworben. Dort heißt es: „Um Wissen und Fortschritt generieren zu können, müssen Hochschulen gerade auch mit anderen Akteuren außerhalb der Hochschule zusammenarbeiten und insbesondere zusammen forschen dürfen. Die oftmals artikulierte pauschale Forderung nach strikter Trennung von Wirtschaft und Hochschule verneint diese Tatsache und wird von der FDP abgelehnt.“ Ein Türöffner für Drittmittel und die damit verbundene Abhängigkeit der Universitäten gegenüber der Wirtschaft könnte somit ermöglicht werden.

Nachgelagerte Studiengebühren

Weiteres Geld für die Hochschulen soll durch nachgelagerte Studiengebühren fließen, die die Universitäten nach Meinung der FDP erheben dürften. Die Gebühren sollen nach Abschluss des Studiums und erst „nach dem Überschreiten einer angemessenen Einkommensschwelle fällig wer-

den“. Wie hoch diese Schwelle sein soll, wird aber nicht beziffert.

BAföG in seiner jetzigen Form soll abgeschafft werden. Stattdessen soll es eine Förderung bestehend aus einem Zuschuss von 500 Euro für alle geben, damit Schüler*innen, Azubis und Studierende „ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen“ und ihren Talenten folgen können. Unter Umständen haben manche Studierende so außerdem hinterher weniger in der Tasche als vorher. Finanziert werden soll die Förderung durch die „Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu Schülern, Azubis und Studierenden“. Wie genau diese Verlagerung aber bei Eltern aussehen soll, die im Niedriglohnbereich tätig sind und deswegen weniger Steuern zahlen, bleibt offen. Interessanterweise wird hier noch davon gesprochen, dass man den eigenen Talenten folgen solle. Wenig später will die FDP dann Kinder bereits in jungen Jahren explizit für technische und mathematische Fächer begeistern. Was mit Geistes- und Gesellschaftswissenschaften geschieht, bleibt ungeachtet.

Die FDP will ein Adoptionsrecht und freien Zugang zur Reproduktionsmedizin auch für gleichgeschlechtliche Paare. Homo- und Transphobie sei für sie „genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus“. Deswegen will sie das „überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen“ und für Transsexuelle eine „Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden“ ermöglichen. LGBTI-Projekte sollen weltweit gefördert werden.

Frontex aufrüsten

„Rechtsstaatliche Mittel und klare Regeln“ sowie „geordnete Bahnen“ sind die Leitmotive der FDP bei der Asylpolitik. Zwar lehnt die Partei eine festgelegte Obergrenze ab, Anträge von Geflüchteten aus sicheren Herkunftsländern sollen jedoch in „Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots“ schneller bearbeitet werden. Hotspot klingt halt einfach besser als Zeltlager. Oberste Priorität habe die Beilegung von bewaffneten Konflikten und den Fluchtursachen vor Ort. Denn Geflüchtete sollen nach Kriegsende wieder in ihre Herkunftsländer geschickt werden. Ausnahmen gibt es bloß für diejenigen, die die Kriterien eines ausarbeitenden Einwanderungsgesetzes erfüllen. In Europa hingegen könnte nach Meinung der FDP noch etwas aufgerüstet werden. So fordern die Liberalen den Aufbau einer Europäischen Armee und eine Synergie in der Rüstungsindustrie.

Neben der Schließung der Mittelmeerroute, strebt die FDP auch an, die Grenzagentur Frontex für „einen effektiven Schutz der EU-Außengrenze“ aufzurüsten. Frontex, denen vorgeworfen wird, Boote von Geflüchteten abgedrängt und internationale Standards des Völkerrechts verletzt zu haben, soll „zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis ausgebaut werden“. Da die innere Sicherheit in Europa nie auf Kosten der Menschenrechte erzielt werden dürfe, solle Frontex auch die Aufgaben der Hochseeneotrettung im Mittelmeer wahrnehmen. [dav]

Kurzgefasst

fzs will gerechtere Studienbedingungen

Der neue Vorstand des Freien Zusammenschlusses der Student*innenschaften (fzs) hat Anfang des Monats sein neues Amt angetreten. Nathalie Schäfer, Tobias Eisch, Konstantin Korn und Eva Gruse wollen für die organisierten Studierendenschaften im kommenden Jahr verschiedene thematische Schwerpunkte setzen. So soll neben dem „Vorgehen gegen diskriminierende Studiengebühren und dem Kampf gegen die Begrenzung des politischen Mandats der Student*innenvertretungen, die feministische, antifaschistische und sozialpolitische Arbeit in den Vordergrund gerückt werden“, heißt es in der Pressemitteilung des fzs. Kritisch will der Vorstand die Ministerkonferenz zu den Bologna-Reformen in Paris im Frühjahr 2018 begleiten und dort auch „die Reduktion von Zulassungshürden und sozialen Ausschlüssen im europäischen Hochschulraum auf die politische Agenda setzen.“

Thematisch passend dazu fordert der fzs zu den Bundestagswahlen eine „umfassende BAföG-Reform.“ Gemeinsam mit verschiedenen Akteur*innen veröffentlichte der fzs ein Positionspapier unter dem Slogan „Damit Bildung keine Frage des Geldbeutels ist“. Demnach sei der aktuelle BAföG-Satz „viel zu niedrig und deckt er kaum die Bedarfe der Studierenden.“ Auch die letzte Erhöhung habe daran nichts geändert. Das BAföG solle – zum Ausgleich der Kostensteigerung der letzten Jahre – um 6,5 Prozent erhöht werden, erklärt das Bündnis. Anschließend sollen Fördersatz „regelmäßig und automatisch an gestiegene Bedarfe und Lebenshaltungskosten von Studierenden angeglichen werden“, heißt es in der Pressemitteilung.

Auch die Kopplung der BAföG-Bezüge entspreche längst nicht mehr der Lebensrealität, sagt Vorstandsmitglied Korn und erklärt: „Viele Studierende schließen ihr Studium nicht in Regelstudienzeit in den folgenden Semestern ab, eine entsprechende Verlängerung würde vielen helfen ihre Finanzierungslücke am Ende des Studiums zu schließen.“ Zum Abbau von Studienhemnissen fordert das Bündnis einen Ausbau des Studien-BAföGs. Vorstandsmitglied Schäfer sagt: „Viele Studierende werden von der Vorstellung, einen Teil des BAföG zurückzahlen zu müssen, abgeschreckt. Studierende aus akademischen Haushalten sind hier besonders betroffen.“ Es solle in Zukunft vermehrt Vollzuschüsse ähnlich wie beim Schüler*innen-BAföG geben, um Kinder und Jugendliche aus Arbeiter*innen-Haushalten zu fördern. [dpe]

OB-Wechsel nach fünf Jahren?



Sören Link (SPD) - amtierender Oberbürgermeister der Stadt Duisburg und Gerhard Meyer - Kandidat von vier Parteien – erhalten laut Umfragen am meisten Zuspruch. Treffen sich die beiden in einer Stichwahl wieder? (Foto: fro)

Sonntag ist Superwahltag in Duisburg. Die Bürger*innen stimmen nicht nur über das Designer Outlet Center ab (siehe Seite 6), sondern wählen neben dem Bundestag auch ein neues Stadtoberhaupt. Wir haben uns die vier Kandidaten von SPD, CDU und Bündnis 90 / die Grünen, Linkspartei sowie FDP angeschaut.

Seitdem der ehemalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) in Folge der Loveparade-Katastrophe 2012 aus dem Amt gewählt wurde, befindet sich Sören Link (SPD) an der Stadtspitze. Auch wenn laut einer Meinungsumfrage der Universität Duisburg-Essen 46 Prozent der befragten Duisburger*innen noch keinen Favoriten haben, geben 38,5 Prozent an, Link wieder wählen zu wollen – obwohl 8,5 Prozent von ihnen mit der Arbeit des SPD-Politikers unzufrieden seien.

Für mehr Lehrkräfte

In punkto Bildung und der Situation an Schulen scheinen sich alle Kandidaten einig zu sein. Im Falle einer Wiederwahl will Link vor allem mit einem „Masterplan Schulumbau“ in die Bildung investieren. 160 Millionen Euro möchte er bis 2020 für die Sanierung von Schulen aufbringen. Langfristig sollen bis 2025 alle 170 Duisburger Schulen modernisiert worden sein. Neben gut ausgestatteten Fachräumen wünscht sich Link moderne Sanitäranlagen und eine zukunftssträchtige IT-Infrastruktur. Mit Investitionen in die Bildung wolle Link besonders der hohen Anzahl von Kindern aus Haushalten, die Hartz IV beziehen, entgegenwirken. Außerdem möchte er sich dafür stark machen, dass das Land Nordrhein-Westfalen mehr Lehrer*innen bereitstellt. Zum Schuljahresbeginn blieben im Stadtgebiet 170 Stellen unbesetzt. Gerade an Grundschulen

macht sich der Lehrer*innenmangel bemerkbar. Auch sein Kontrahent Gerhard Meyer möchte an diesem Defizit ansetzen. Er tritt als gemeinsamer Kandidat der CDU, der Grünen, der Wählergruppe Junges Duisburg und den Bürgerlich-Liberalen an. 8,5 Prozent der Befragten gaben in bereits erwähnter Studie an, ihn zum Oberbürgermeister wählen zu wollen. Zudem möchte er den Schulentwicklungsplan der Stadt überarbeiten. Wie genau, führt er auf seiner Homepage allerdings nicht aus.

Der Kandidat der FDP, Thomas Wolters, macht sich ebenfalls für die schnelle Reparatur und Sanierung aller Schulen der Stadt stark und fordert eine Ausstattung mit „modernsten Unterrichtsmitteln“, erklärte er in einem You-Tube-Video. Auch im Bezug auf den Lehrer*innenmangel gleicht er seinen Kontrahenten. Neben mehr Lehrkräften möchte er sich auch für zusätzliche Fachkräfte wie Schulverwaltungsassistent*innen, Inklusionshelfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen einsetzen, damit Lehrer*innen entlastet werden und sich auf ihren Unterricht konzentrieren können. Erkan Kocalar, Kandidat der Linken, ergänzt diese Forderung um mehr Schulleiter*innen, Schulsekretär*innen und Hausmeister*innen. Auf seiner Homepage prangert er die Qualität des Unterrichts an, weil „eine solch massive Anzahl an Lehrstellen unbesetzt bleibt und dutzende Container für das neue Schuljahr aufgestellt werden müssen“. Damit die Inklusion an Schulen gelingen kann und kulturelle, soziale sowie gesundheitliche Unterschiede in den Hintergrund geraten, müsse „eine bauliche und personelle Grundlage geschaffen werden“.

„Eine weitere Chance für den Wandel liegt in der Stärke unserer Universität und ihrer Forschungseinrichtungen“, betont wiederum Meyer. Daher plädiert er dafür, die Ressourcen der Universität Duisburg-Essen für die Steigerung

der Wirtschaftskraft zu nutzen – Details lässt er aber aus. Auch Kocalar sieht die Universität als „wirtschaftlichen Motor“ und sagt, das Ziel müsse sein, „Duisburg stärker als bisher als Universitätsstadt zu entwickeln“.

Für eine lebenswerte Stadt

Eines von Links Kernanliegen ist es, das Image der Stadt Duisburg zu verbessern. Abgesehen vom geplanten Designer Outlet Center (DOC) am alten Güterbahnhof hebt der derzeit amtierende Oberbürgermeister mit dem Landschaftspark Nord, dem Zoo und der Sechs-Seen-Platte größtenteils bereits bestehende Freizeitattraktionen hervor. Zudem will er Parkanlagen ausbauen. Wolters und Kocalar hingegen sprechen sich klar gegen das DOC aus. Neben den etablierten Kulturangeboten, fordert Kocalar, brauche es einer Förderung der „Kultur von unten“. Er möchte die Stadtteilkultur weiterentwickeln durch „dezentrale, wohnbereichsnahe Kultur im Stadtteil, die Unterstützung der freien Szene, aber auch kulturelle Angebote der VHS, Ausbildungseinrichtungen und Vereine.“

Meyer möchte hingegen eine Quartiersentwicklung vorantreiben, die sowohl Bürger*innen als auch Stadtbesucher*innen zugutekomme. Auch er möchte Grünflächen und Parks errichten und ausbauen. Außerdem will er das kulturelle Angebot in der Stadt stärken. Neben Hochkultur wie dem Stadttheater und der Philharmonie möchte er alternativer und studentischer Kultur mehr Raum geben. Dem schließt sich Wolters an, der die Kleinkunst-Szene durch „günstige Probe-, Atelier- und Veranstaltungsräume“ stärken möchte. Außerdem plant er internationale Feste und setzt auf den Austausch der Kulturen. „Ich denke das schafft Verständnis, Miteinander und Respekt“, so seine Begründung. Um Duisburg grundsätzlich besser vermarkten zu können, möchte er das Marketing in „professionelle, private Hände legen“, statt es der Stadtverwaltung zu überlassen. Damit Kultur, Sport- und Freizeitangebote auch für sozial schwächere Menschen bezahlbar bleiben, möchte Kocalar den Duisburg-Pass wieder einführen, der zu Beginn dieses Jahres abgeschafft wurde und Vergünstigungen bei verschiedenen Anbietenden ermöglichte.

Meyer möchte ein Augenmerk auf soziale Ausgrenzung setzen und „passende Angebote und Unterstützung für alle, die Hilfe brauchen“ etablieren. In sozial schwachen Stadtteilen wie Marxloh oder Hochfeld solle zudem mehr Sozialarbeit geleistet werden. Verstärkte Polizeipräsenz in diesen Stadtteilen findet er prinzipiell richtig. Link sieht sich mit seiner derzeitigen Arbeitsweise dort auf dem richtigen Weg, bekräftigt aber im Kandidatencheck des WDR: „Es gibt keine No-Go-Areas in Duisburg.“ Es gebe Probleme, die es zu lösen gelte. Daher will er die Taskforce Problemimmobilien fortführen, die für unbewohnbar erklärte Häuser schließt. Das Vorgehen der Stadt Duisburg stößt jedoch auch auf

Kritik. Zeug*innen und Betroffene schilderten, wie sie mitten in der Nacht aus ihrer Wohnung geräumt worden wären und keine Unterkunft erhalten hätten. Die Stadt bezeichnete ihre Praxis als rechtmäßig und wies den Vorwurf zurück, dass Menschen auf der Straße schlafen mussten (akduell berichtete).

Wolters plädiert neben einer Aufstockung der Polizeiwachen auch für mehr Überwachungskameras. Letztere sollen an Brennpunkten für mehr Sicherheit sorgen. Daran knüpft Wolters die Bedingung, dass die Kameras „auch 24 Stunden lang überwacht werden und die Polizei ganz schnell vor Ort sein“ solle. Im Gegensatz zu seinen Kontrahenten setzt Kocalar in punkto Sicherheit auf die Ursachenbekämpfung: „Es gibt keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit. Armut, Ungleichheit und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden für Kriminalität.“ Kocalar sagt zwar, dass die Sicherheit der Bevölkerung Aufgabe von Polizei und Justiz sei. Dennoch dürfe keine Panikmache „durch den leichtfertigen Gebrauch von Begriffen wie ‚No-Go-Areas‘, ‚Angsträume‘ oder ‚rechtsfreie Räume‘“ betrieben werden, womit er auf die Stadtteile Marxloh und Hochfeld anspielen dürfte. Stattdessen will er mit Investitionen in Bildung und Soziales für mehr Sicherheit sorgen. Er setze sich „für gute Schulen, eine Ausweitung der Stellen für Sozialarbeiter und Streetworker sowie den Erhalt von Sportvereinen und Jugendeinrichtungen ein, um junge Menschen dabei zu unterstützen, eine gesunde und starke Persönlichkeit zu entwickeln.“

Das Alkoholverbot (akduell berichtete), das seit dem 16. Mai in der Innenstadt gilt, will Wolters direkt wieder abschaffen. Zum einen sollte nicht „die ganze Bevölkerung bestraft [werden], nur weil sich ein paar Leute daneben benehmen“. Zum anderen könne es nicht sein, „dass alkoholranke Menschen auf diese Weise aus unserer City verjagt und vertrieben werden“. Hier setzt er auf andere Lösungen und Hilfsangebote. Wie diese genau aussehen könnten, lässt er jedoch offen.

Für einen besseren ÖPNV

Die OB-Kandidaten sind sich sicher: Verkehrspolitisch muss einiges getan werden. In ihren Forderungen gehen sie aber teils auseinander. Sowohl Link als auch Meyer weisen darauf hin, dass 100 Millionen Euro bereitgestellt wurden, um den Schienenverkehr und die Haltestellen zu verbessern und mehr Barrierefreiheit zu gewährleisten. Meyer sieht zudem die Problematik, dass Menschen aus Stadtrandgebieten nur schwer das ÖPNV-Angebot nutzen können. Dort wolle er ansetzen. Der öffentliche Nahverkehr müsse nicht nur verbessert werden, so Kocalar, sondern man müsse auch „weg vom individuellen Verkehr mit seinen negativen Folgen für Mensch und Umwelt in Richtung Fuß- und Radverkehr“ und steht damit auf der gegnerischen Seite Wolters. Dieser kündigt an, als OB „das Autofahren durch die Stadt wieder flüssiger [zu] machen,



Duisburg wählt Sonntag ein neues Stadtoberhaupt. (Foto: fro)

ohne ideologische Verkehrsbehinderungen durch Fahrbahnreduzierungen oder manchmal ganz unnötige [...] Tempolimits“. Einig sind sich beide aber darin, Straßensanierungen voranzutreiben. Hierzu benötige es laut Kocalar mindestens 280 Millionen Euro.

Eine Besserung des ÖPNV sieht Wolters bereits darin, wenn Tarife und die Bedienbarkeit von Fahrscheinautomaten vereinfacht würden. Zudem fordert er die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Menschen ab 75 Jahren, da sie einerseits auf ihn angewiesen seien, andererseits aber finanziell nur begrenzte Möglichkeiten hätten. Andere Personengruppen, wie etwa Auszubildende, die sich in ähnlichen Situationen befinden, werden nicht berücksichtigt.

Link will außerdem die Fahrradmobilität steigern. Obwohl Duisburg wegen seiner langgezogenen Nord-Süd-Ausdehnung nur schwer mit dem Rad passierbar ist, möchte er die Stadtteile besser miteinander verbinden. Daher unterstützt er den Bau des Radschnellweges zwischen Duisburg und Dortmund, der den innerstädtischen Radverkehr entlang der Autobahn A59 ermöglichen soll. Der Baubeginn in Duisburg ist für 2019 angesetzt. Auch Kocalar plädiert für den Ausbau der Radwegenetze – Radschnellwege eingeschlossen – und sieht darin eine Chance, Anreize für Tourist*innen und potenzielle Neubürger*innen zu schaffen.

Auch wenn die aktuellen Umfragen den derzeit amtierenden Oberbürgermeister Sören Link klar vorne sehen, genügt es nicht für eine nötige absolute Mehrheit. Scheitert er daran, muss er sich in einer Stichwahl behaupten. Für einen Sieg verzichte Wolters, der auch als Zauberer und Hypnotiseur tätig ist, seine Kontrahenten mit diesen Künsten zu beeinflussen. Es würde sowieso nur funktionieren, wenn der andere es auch wolle, erklärte er gegenüber der WAZ. [caro/fro]

Bilden!

Frauenrechte statt rechte Frauen



Die rechte AfD buhlt um die Gunst der Wähler*innen, um drittstärkste Kraft bei den Bundestagswahlen zu werden. Die Juso Hochschulgruppe der Universität Duisburg-Essen lädt Sandra Hoebener, Vorsitzende des ver.di Bezirksfrauenrates Düsseldorf und Vorstandsmitglied der Jusos Duisburg ein, um einen feministischen Blick auf der Wahlprogramm der Partei zu werfen.

↗ **Freitag, 22. September, 18 bis 21 Uhr, SPD Geschäftsstelle Essen, Severinstraße 44 Essen, Eintritt frei**

Noch mehr bilden!

Folkwang Finale 2017

Die Folkwang Universität der Künste rollt den roten Teppich aus und präsentiert in rühmlichen Glanze die Abschlussarbeiten der Studiengänge Fotografie, Industrial Design und Kommunikationsdesign. Interessierte sind herzlich eingeladen – auch unser Redaktionsschwein Ferdi lässt es sich nicht nehmen, ihr schickstes Gewand überzuziehen und dem Spektakel beizuwohnen.

↗ **Eröffnung Donnerstag, 28. September, 18 Uhr, Öffnungszeiten von Freitag, 29. September, bis Samstag, 7. Oktober, jeweils von 11 bis 18 Uhr, SANAA-Gebäude, Gelsenkirchener Straße 209, Eintritt frei**

Bankettieren

Street Food Festival

Freund*innen des guten Geschmacks aufgepasst: Im architektonisch einzigartigem Landschaftspark Nord im wunderschönen Duisburg laden wieder zahlreiche Kreatur*innen kulinarischer Köstlichkeiten Besuchende auf einen feierlichen Gaumenschmaus ein. Von Burger über Falafel bishin zu süßen Naschereien warten allerlei Geschmacksbomben auf hungrige Mäuler.

↗ **Samstag, 30. September, und Sonntag, 1. Oktober, Landschaftspark Duisburg-Nord, Eintritt frei**

DOC: Eine emotionale Entscheidung

Die Diskussion über das geplante Designer Outlet Center (DOC) auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs polarisiert. Ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft und Politik stellt sich gegen den geplanten Bau des Shopping-Tempels. Auf einer Podiumsdiskussion in der Liebfrauenkirche debattierten vier Oberbürgermeisterkandidaten am vergangenen Dienstag, 12. September, über das umstrittene Thema.

Mal wieder streitet die Stadt Duisburg über den Bau eines Outlet Centers. In Hamborn wurden bereits ähnliche Pläne auf Eis gelegt, nachdem festgestellt worden war, dass sich das Gelände zu nah an einem Chemiewerk befindet und dennoch hunderte Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Jetzt gibt es einen erneuten Anlauf, ein Outlet-Center in der Stadt zu etablieren – und zwar gleich Deutschlands größtes. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs nahe des Hauptbahnhofs soll es entstehen. Eine Mehrheit aus SPD und CDU stimmte auf einer Ratssitzung im Februar für die Realisierung des DOC. Zu den Befürworter*innen zählt auch der derzeit amtierende Oberbürgermeister Sören Link (SPD), der auf der Podiumsdiskussion betont: Das DOC sei eine Chance für Duisburg, es werde Arbeitsplätze schaffen und das Image der Stadt aufpolieren.

Doch damit steht Link ziemlich allein da. Optimismus ist bei den anderen anwesenden Kandidaten – Gerhard Meyer (Kandidat für CDU, Grüne, Junges Duisburg, Wählergruppe Bürgerlich-Liberale), Thomas Wolters (Kandidat für die FDP) und Erkan Kocalar (Kandidat für die Linke) – nicht zu spüren. Die Menschen würden den Besuch der Innenstadt zugunsten des DOC meiden, meint Kocalar. Sein liberaler Kontrahent weist darauf hin, dass Menschen distanzvermeidende Individuen seien und die zirka 1,5 Kilometer vom DOC bis zum Einkaufszentrum Forum nicht zusätzlich laufen würden – zumal sie ihr Geld bereits im Outlet ausgegeben hätten. Link plädiert dafür, dass man eine Lösung für die Verbindung der Innenstadt mit dem DOC finden müsse. Shuttle-Busse seien eine sinnvolle Idee.

„Es ist eine Kaffeesatzleserei!“

Obwohl das DOC frühestens in zehn Jahren fertig sein könnte, spüre man die Folgen für die Innenstadt bereits: „Die Einzelhändler sind jetzt schon in einer Schockstarre“, so Wolters. Aus Sorge vor dem DOC schlossen viel weniger Geschäftsleute Mietverträge ab oder verlängerten sie nicht. Auch die Befürchtung, dass der Shopping-Tempel Arbeitsplätze kosten könnte, treibe die Bürger*innen um. Während Link eine Chance wittert und den Zahlen von bis zu 1.500

neu entstehenden Arbeitsplätzen Glauben schenkt, sieht das vor allem Kocalar kritisch. Es bleibe nicht nur zu befürchten, dass Läden in der Innenstadt wegen eines Kaufrückgangs Arbeitnehmende entlassen müssten. Auch sei zu erwarten, dass das DOC lediglich Minijobs bringe. „Keiner weiß, wie viele Arbeitsplätze entstehen oder wegfallen. Es ist eine Kaffeesatzleserei“, beurteilt Meyer dagegen die Gesamtsituation. Die Faktenlage sei dünn – es handele sich mehr um eine emotionale Entscheidung.

Dass kein konkreter Plan des Grundstückseigentümers Kurt Krieger vorliegt, ist für eine Besucherin der Podiumsdiskussion nicht zu begreifen. „Mich erschreckt es, dass der Rat der Stadt etwas beschlossen hat, wovon er nicht genau weiß, was es wird“, wirft sie Link vor. Der Grundsatzbeschluss war darauf ausgelegt, die Realisierung des Bauvorhabens zu genehmigen – nicht eine Prüfung der Machbarkeit unter Berücksichtigung der Folgen für die Innenstadt in Auftrag zu geben. Mit dem Bürgerentscheid am 24. September haben Duisburger Wahlberechtigte nun die Chance, das Projekt zu unterbinden. Stimmt die Mehrheit gegen den Bau des DOCs, so muss der Rat der Stadt dem Willen der Bürger*innen folgen.

Ist das DOC alternativlos?

Doch auch wenn die Duisburger*innen gegen den Bau des DOC stimmen würden, bleibt das Gelände im Besitz von Krieger. Die Stadt kann dort nicht einfach etwas anderes errichten. „Erzwingen können wir da nichts“, meint Link. Von einer Alternativlosigkeit will Wolters aber nicht sprechen. Er will auf Kommu-

nikation mit Krieger setzen und eine andere Nutzung des Geländes vorschlagen. „Er wird sicher nicht die Fläche 100 Jahre dort verrotten lassen“, kommentiert er. Und falls doch, würde auf der Fläche ein neuer Duisburger Wald entstehen, scherzt er.

Anstelle eines Outlet-Centers sollte man auf der Brachfläche etwas anderes errichten, findet der FDP-Kandidat. Wolters würde sich dafür einsetzen, auf dem Gelände einen Aqua-Park entstehen zu lassen. Ähnlich wie das Tropical Island in Brandenburg könne dort ein tropischer Freizeitpark mit diversen Schwimmmöglichkeiten entstehen – das würde nicht mit der lokalen Wirtschaft in der Innenstadt konkurrieren, so Wolters. Im Gegenteil sei mit zusätzlichen Innenstadtbesuchenden zu rechnen. Als parteiloser Kandidat von CDU und Grüne sitzt Meyer quasi zwischen den Stühlen: Während die CDU den Grundsatzbeschluss mitgetragen hat, engagieren sich die Grünen gegen das DOC. Er selbst vertrete aber seine persönliche Meinung. Insgesamt sieht er sich in einer komfortablen Situation. „Ich bin bisher in keinsten Weise politisch im Prozess eingebunden“, so Meyer. Er möchte die Fläche für Wohn- und Büronutzung bereitstellen und die alte Bahnhofshalle solle nach barcelonischem Vorbild in eine Markthalle umfunktioniert werden. Komplette verschließt sich der parteilose Kandidat aber nicht gegen die Realisierung eines Outlets. Statt am Rande der Innenstadt solle es im Bereich der Altstadt etabliert werden. Seitdem das Forum eröffnet hat, herrsche auf der Münzstraße Leerstand. Dabei handele es sich um einen guten Kompromiss dort das DOC ins Stadtbild zu integrieren. [fro]



Das geplante Designer Outlet Center spaltet Duisburg. Am 24. September wird darüber abgestimmt, ob auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Shopping-Tempel entstehen soll. (Foto: fro)

Alles ist möglich



Tanzen oder Theater? Studierende beim Proben ihrer Impro-Show. (Foto: boskop Kulturbüro)

Ohne Auswendiglernen und feste Rollen, dafür mit viel Spontanität und ständig wechselnden Charakteren – das ist Improvisationstheater. Zehn Tage lang haben Studierende diese Theaterkunst erprobt, um sie am vergangenen Freitag, 15. September, auf die Bühne des Musikischen Zentrums der Ruhr-Universität Bochum (RUB) zu bringen. Dabei galt es auch, Kultur- und Sprachbarrieren zu überwinden, denn zehn der Studierenden kommen aus Krakau in Polen. Na dann: 5, 4, 3, 2, 1, GO!

Zwei junge Frauen stehen auf der Bühne. Eine von beiden fängt an, etwas auf Polnisch zu erzählen, sie gestikuliert mit den Händen. Ihre Partnerin schaut sie unentwegt an, ihr Mund ist zu einem leichten Lächeln verzogen, gleichzeitig steht jedoch Ratlosigkeit in ihren Augen, in denen sich das Scheinwerferlicht spiegelt. Auch den meisten Anwesenden im Publikum geht es ähnlich. Ein paar lachen zwar vereinzelt über das, was sie hören, der Rest jedoch ist vollkommen ahnungslos, worüber die Frau gerade spricht. Plötzlich hört diese auf zu reden und schaut ihre Partnerin erwartungsvoll an. Die öffnet nun den Mund und fängt stockend an, auf Englisch zu sprechen. Es geht um die Französische Revolution. Aber auch um Kartoffelchips.

Viele Zutaten, kein Drehbuch

Der erste Eindruck, dass es sich bei dem Gesehenen um einen polnischen Vortrag handelt, der ins Englische übersetzt wird, täuscht. Denn ebenso wie der Großteil des Publikums, versteht auch die ratlos dreinblickende Darstellerin kein Wort Polnisch. Was haben nun aber Kartoffelchips mit der Französischen Revolution zu tun? Nichts. Nicht direkt jedenfalls – denn wir befinden uns inmitten einer Improvisationsshow. Zutaten für die Szene: eine polnische Schauspielerin, eine deutsche, die kein Polnisch versteht, ein ‚Vortragsthema‘ (in diesem Fall die Französische Revolution und eben Kartoffelchips) und ein GO: mehr Drehbuch gibt es nicht. Sprich: Beide Schauspielerinnen müssen sich spontan und ohne weitere detaillierte Vorgaben ausdenken worüber sie sprechen.

„Man muss die Angst verlieren auf eine Bühne zu gehen, ohne zu wissen was als nächstes passieren wird“, beschreibt Marcel Schäfer die Grundvoraussetzung für die Improvisationskunst. Er ist seit drei Jahren der künstlerische Leiter der Gruppe und selbst Schauspieler und Schauspielpädagoge. Zehn Tage lang hat er den 17 Studierenden in mehreren Workshops beigebracht, was es heißt, auf der Bühne zu improvisieren. Dabei sei es wichtig auf die Partner*innen zu achten, auf deren Körpersprache und Mimik, um entsprechend darauf reagieren zu können. „Improtheater eignet sich besonders um Hemmungen zu verlieren und sich aufeinander einzulassen. Das sind Dinge, die sowohl auf der Bühne als auch grundsätzlich fürs Zusammensein wichtig sind“, so Schäfer.

Bevor eine Szene beginnt, braucht der künstlerische Leiter die Hilfe des Publikums – er fragt etwa nach einem Film. „Star Wars!“, ruft ein Zuschauer, „Sharknado“, ein anderer. Es gibt Gelächter. Eine Zuschauerin sagt: „Wie wär’s mit Forrest Gump?“. „Ja, das gefällt mir!“, erwidert Schäfer. Von den fünf Darsteller*innen auf der Bühne fordert er, den Film in einer Minute nachzuspielen – das heißt, sich auf die wichtigen Szenen besinnen, die ihn ausmachen. Der Krieg in Vietnam, das Ping-Pong-Spielen, das Laufen, die Bank. Keine leichte Aufgabe, zumal vorher nicht angesprochen werden kann, wer welchen Part übernimmt. Es ist ein heilloses Durcheinander, manche rennen im Kreis herum, andere werfen sich auf den Boden, zwischendurch werden Dinge auf Englisch ausgerufen, um sich doch gegenseitig etwas Orientierung zu geben.

Andere Szenen haben hingegen keine Zeitbeschränkung. Zwischendurch heben die Darsteller*innen kleine, bunte, gefaltete Zettel vom Boden auf, lesen die Sätze, die darauf stehen vor, und bauen sie so mit in die Szene ein. Die Zettel wurden vor der Vorstellung an einige Zuschauer*innen aus dem Publikum verteilt, mit der Aufforderung dort Sätze auf Deutsch, Englisch oder Polnisch draufzuschreiben. Gefällt den Zuschauer*innen eine Performance oder eine Szene ganz besonders gut, werfen sie Rosen auf die Bühne. „Wir leben beim Impro ganz besonders von den Reaktionen des Zuschauers. Wir brauchen Inspirationen und

Vorgaben“, sagt Schäfer über den Einbezug des Publikums ins Theaterspiel, und fügt hinzu: „Die Energie, die im Zuschauererraum ist, überträgt sich auf die Bühne und umgekehrt“.

„Du kannst jeder sein“

Seit fünf Jahren findet das Projekt an der RUB statt. Davor wurde traditionelles Theater gespielt. „Irgendwann haben wir festgestellt, dass diese Art von Theater zu viel Druck aufbaut und das nicht optimal für das Gruppengefühl ist“, erklärt Karolin Kubiak vom Akademischen Förderungswerk Kulturbüro boskop, die den Austausch zwischen dem Bochumer Studierendenwerk und dem Pendant in Krakau leitet. In diesem Jahr feiert die Kooperation 20-jähriges Jubiläum. Mit „Theater im Gepäck“ erhalten jedes Jahr jeweils zehn Studierende aus beiden Ländern die Chance, an dem Austausch teilzunehmen und sowohl in Bochum als auch in Krakau Improvisationstheater zu lernen und zu präsentieren. Doch darüber hinaus geht es vor allem darum, sich über die jeweils andere Kultur auszutauschen und Sprachbarrieren zu überwinden. „Es ist sehr faszinierend wie sich Menschen innerhalb von zehn Tagen miteinander verbinden können“, findet auch Andrea, die in diesem Jahr beim Projekt mitgemacht und selbst polnische Eltern hat.

Die Arbeitssprache ist Englisch. „Jeder hat aber die Freiheit, auf der Bühne in der Sprache zu sprechen, mit der man sich wohler fühlt“, so Kubiak. So geschieht es in einigen Szenen auch, dass Schauspieler*innen Polnisch miteinander reden und das Publikum bloß anhand der Gestik und Mimik erraten kann, um was es gerade geht. Im Mittelpunkt stehen die Emotionen. „Auch, wenn Impro Unterhaltung ist, sollen die Teilnehmer versuchen, die Gefühle, die sie darstellen, auch authentisch rüberzubringen“, befindet Schäfer. Besonders zentral sind Emotionen in der nächsten Szene, bei der drei Darsteller*innen die gleiche Situation drei Mal mit einer jeweils anderen Laune spielen sollen: erst ernst, dann paranoid, dann sexuell anzüglich. Innerhalb von einigen Sekunden muss sich auf eine neue Situation eingestellt werden. Viel Zeit zum Überlegen bleibt nicht. „Du kannst deine Emotionen verändern, du kannst deinen Charakter verändern. Du kannst jeder sein“, erzählt Darstellerin Anita aus Polen, die vor Begeisterung strahlt. Sie habe sich sehr spontan für das Projekt entschieden, weil sie sich für Theater interessiert.

Theatererfahrung müssen Bewerber*innen übrigens nicht haben. Im Grunde sei es sogar besser, wenn man vorher noch nie etwas damit zu tun gehabt hat, erläutert Kubiak von boskop. Für die Schauspieler*innen dieses Jahres geht es nun nach Krakau: Vom 17. bis 27. November findet dort der zweite Teil des Austausches mit anschließender Aufführung statt. Im kommenden Sommersemester gibt es wieder die Möglichkeit dazu, sich für das Projekt zu bewerben. Andrea empfiehlt es jedenfalls weiter: „Weil man innerhalb von zehn Tagen viele verschiedene Menschen kennenlernt und auch wirklich zusammenwächst.“ [rat]

Zeitungsredakteur*innen gesucht!



Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region oder willst diese kennenlernen?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AstA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion neue Redakteur*innen

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld von 3 Euro je 500 Zeichen und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. An diesen Tagen solltest du nicht verhindert sein. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens **Mittwoch, 4. Oktober 2017**, an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AstA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi (kommissarisch)

Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Dennis Pesch (dpe), Mirjam Ratmann (rat), Lorenza Kaib (lenz)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|-----|
| 1 | 3 | | | 4 | | |
| | 4 | 5 | | 7 | | |
| 2 | | 6 | | 5 | | |
| | 9 | | 5 | | 1 | |
| 3 | 2 | | 7 | 1 | 5 | 6 |
| | | 1 | | 2 | | 7 |
| | | | 8 | | 5 | 2 |
| | | | 5 | | 4 | 8 |
| | | | 4 | | | 6 9 |

WOHNHEIMGESCHICHTEN

